„Bürgernähe statt juristische Keule“

Nachdem die Initiative Bündnis MUT (Mensch, Umwelt, Tier) dem Landkreis Oldenburg dubiose Genehmigungspraktiken bei Tiermastställen vorgeworfen hatte, meldet sich nun Jürgen Oppermann aus der Gemeinde Großenkneten zu Wort.

„Mit der öffentlichen Bekanntmachung zu dem Genehmigungsantrag auf den Neubau eines Hähnchenmaststalles in Bissel nach BImSchG vom 25.05.2012 hat der Landkreis klar festgelegt, wer einwendungsberechtigt ist und somit Einsicht in die Antragsunterlagen nehmen darf. Deshalb kann man die Aussage von Landrat (und Juristen) Eger nur noch als blamabel bezeichnen, wenn er angibt, die Bürgerinitiative Bündnis MUT gehe es nichts an, was in den Unterlagen stehe. Gerade er sollte wissen, dass nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz jede Person oder Gruppierung das Recht auf Einsicht in die öffentlich ausgelegten Unterlagen hat.

Uns drängt sich der Verdacht auf, dass man beim Landkreis froh darüber ist, den Widerspruch von Bündnis MUT aus formalen Gründen ablehnen zu können, um nicht später Fehler einräumen zu müssen, mal abgesehen davon, dass die Ablehnung aus rechtlichen Gründen kaum haltbar ist.

Hier hat der Landrat die Gelegenheit verpasst, Bürgernähe und Transparenz zu beweisen, indem er zunächst den Widerspruch und die eingereichten Gegengutachten inhaltlich überprüfen lässt, statt gleich die juristische Keule zu schwingen. Schade drum.“

Leserbriefe geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Kürzungen vorbehalten.